



**„Kommunalfinanzen am Scheideweg –
gerät kommunale Selbstverwaltung zur Makulatur?“**

Rede des Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Rat
Hartmut Beckschäfer
zur Beratung des Haushaltsplans 2011 der Gemeinde Wachtberg
am 3. Mai 2011

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Wie schon im vergangenen Jahr, stehen auch die Beratungen zum Haushaltsplan 2011 im Zeichen allseitiger Sorge um die Grundlagen unserer Gemeindefinanzen. Die Klage über die Finanznot der Kommunen ist zwar nicht neu, aber dadurch leider nicht weniger berechtigt. Immerhin betrug das Finanzierungsdefizit in 2010 insgesamt für die Kommunen in Deutschland rund 10 Mrd. Euro.

Auch bei uns in Wachtberg waren trotz des konsequenten Konsolidierungskurses der vergangenen Jahre die Folgen der globalen Finanzkrise angekommen, und auch die systemischen Probleme der Gemeindefinanzierung (dazu später) machen vor Wachtberg nicht halt.

Daher erlebten wir 2010 in Wachtberg eine Allparteien-Koalition, um die Gemeinde durch Einsparungen und Einnahmeverbesserungen vor dem Weg in Haushaltssicherungskonzept und Nothaushalt zu bewahren. Wir waren uns einig, Finanzhoheit und Selbstverwaltungsrecht unserer Kommune wenn irgend möglich zu erhalten. Dazu waren unbequeme Entscheidungen nötig, wie z.B. die Anhebung der Realsteuersätze, die wir aber gemeinsam getroffen haben, und wir waren am Ende erfolgreich.

Der Haushaltsplanentwurf 2011, der dem Rat am 11. Januar d.J. vorgelegt wurde, veranschlagte Defizite in 2011 bis 2014, die jeweils unterhalb des Schwellenwertes von 5 % des Eigenkapitals bleiben würden. Und laut dem vorläufigen Rechnungsergebnis 2010 wird der Schwellenwert auch 2010 nicht überschritten. „Die Führung der Haushaltswirtschaft im Rahmen eines Nothaushalts gemäß § 82 GO NW i.V.m. § 76 GO NW kann vermieden werden“, heißt es wörtlich im Vorbericht (Seite 30).

Nicht in den Nothaushalt zu müssen, bedeutete zwar weiß Gott nicht die Befreiung von allen Finanzproblemen, aber wir waren immerhin auf einem – relativ - guten Weg!

Doch dann kam letztes Jahr zwei Tage vor Weihnachten im Rathaus die Modellrechnung der Landesregierung für das Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 aus dem Faxgerät und machte dem Kämmerer und dem Bürgermeister einen gehörigen Strich durch die Rechnung:

Ein Minus von 1,9 Mio. Euro bei den Schlüsselzuweisungen gegenüber den Annahmen des Kämmerers, die ordnungsgemäß auf den sog. Orientierungsdaten 2011 – 2014 für die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung der Gemeinden aufgebaut waren, Orientierungsdaten, die dieselbe Landesregierung am 3. November 2010, also gerade einmal sechs Wochen vorher in einem offiziellen Runderlass bekanntgegeben hatte.

Und auch uns, dem Rat, wurde damit ein Strich durch die Rechnung gemacht. Da hatte sich die Verwaltung mächtig ins Zeug gelegt, um den Haushaltsentwurf direkt zu Beginn des Jahres einzubringen – wir erinnern uns: früher gab es schon mal den Vorwurf, der Haushalt komme viel zu spät – und dann werden die Grundlagen dieses Entwurfs förmlich über Nacht von dem Runderlass des Innenministers „zerschossen“.

Und wieder sahen sich alle Ratsfraktionen einig, dieses Mal im Protest gegen die völlig überraschende Kürzung der Schlüsselzuweisungen. Die am 22. Februar 2011 vom Rat einstimmig verfasste Resolution an den Landtag Nordrhein-Westfalen bringt unsere Sorge und unseren Protest klar zum Ausdruck; auf sie verweise ich ausdrücklich.

Weitere logische Reaktion auf diese Situation war neben der Resolution zunächst eine Verschiebung der Haushaltsberatungen, verbunden mit dem Auftrag an die Verwaltung, Möglichkeiten zur weiteren Optimierung des Haushaltsplanes aufzuzeigen. Ein Versuch, noch einmal das Äußerste an Reserven aus dem Verwaltungsentwurf herauszuholen, sollte gemacht werden. Daher wurde der Haushalt nicht im Januar/Februar, sondern erst im aktuellen Sitzungsblock mit den erbetenen weiteren Vorschlägen der Verwaltung in den Fachausschüssen beraten, und der Finanzausschuss hat eine abschließende Empfehlung für die heutige Ratssitzung beschlossen.

Dass solche Versuche den Einbruch von 1,9 Mio. Euro würden auffangen können, hat allerdings niemand ernsthaft erwartet. Und deshalb kommt es unter diesen neuen Umständen nun doch dazu, dass wir 2011 die schon erwähnte Defizitgrenze von 5 % des Eigenkapitals überschreiten. In den weiteren Jahren 2012 – 2014 ist dies aber wieder nicht mehr zu erwarten, so dass wir weiterhin mit einiger Hoffnung davon ausgehen können, der Gemeinde Wachtberg ein Haushaltssicherungskonzept zu ersparen (Ratsvorlage Seite 12).

Diese Hoffnung bedeutet gleichzeitig aber auch, dass kurzfristige Hilfen oder Entlastungen aus Düsseldorf als Reaktion auf unseren Protest nicht zu erwarten sind. Denn an eine gewisse „Abfederung von Härten“ ist höchstens bei solchen Kommunen gedacht, „denen mit dem GFG-Entwurf ein Abgleiten in ein Haushaltssicherungskonzept droht“, so der Finanz-, Haushalts- und Kommunalpolitische Sprecher der grünen Regierungsfraktion im Landtag, Herr Mostofizadeh, in seiner Antwort an den Bürgermeister (Ratsvorlage Seite 20).

Nach dieser Vorgeschichte kann ich meine Aussage zu dem konkreten Beratungsgegenstand, dem Haushaltsplan 2011, auf einen kurzen Nenner bringen:

Die Leistung von Bürgermeister, Kämmerer und Verwaltung bei der Aufstellung und bei dem zusätzlichen Bemühungen um Optimierung des Haushaltsplans erkennen wir ausdrücklich an.

- 2. Der ebenso überraschende wie massive Einnahmeausfall durch Kürzung der Schlüsselzuweisungen war unmöglich aufzufangen.**
- 3. Die Verantwortung für das daraus resultierende Defizit liegt in dieser Kürzungsentscheidung und nicht bei der Gemeinde Wachtberg.**
- 4. Eine solche Verantwortung anerkennen wir für uns auch nicht indirekt dadurch, dass wir diesen Kürzungen „hinterherhecheln“ und unseren seriös aufgestellten Haushalt hektisch wieder umkrempeln.**
- 5. Daher tragen wir dieses Jahr notgedrungen das erhöhte Defizit und werden den Haushalt in der jetzt vorliegenden Fassung beschließen.**

Abschließend, über unseren Gemeindehaushalt hinaus, noch einige generelle Anmerkungen zur kritischen Lage der Kommunalfinanzen. Wie eingangs erwähnt, nicht neu, aber leider immer wieder aktuell.

Die finanziellen Verpflichtungen der Kommunen resultieren aus den ihnen obliegenden Aufgaben. Das sind zum einen die Pflichtaufgaben im staatlichen Bereich und im Selbstverwaltungsbereich, und es sind zum anderen die freiwilligen Aufgaben. Die mit Abstand finanziell bedeutendsten Aufgaben sind die Pflichtaufgaben, der Handlungs- und Gestaltungsspielraum im freiwilligen Bereich ist geringer, als in der Öffentlichkeit vermutet wird.

Die Bestimmungsgründe für die Finanzkrise der Kommunen, die sie selbst gar nicht oder kaum beeinflussen können, sind vielfältig: Gesetzgebung, Ökonomie, Demographie usw. Nur in Ausnahmefällen sind die Fehler vor Ort selbst zu finden, wie Dr. Stephan Articus vom Deutschen Städtetag feststellt, vielmehr sei das Risiko der finanziellen Überforderung der Kommunen systembedingt. Vor allem die

Zuordnung von Aufgaben und Finanzmitteln muss dringend kongruent gestaltet werden („Konnexität“).

Solange aber Bund und Länder im Rahmen ihrer Gesetzgebungskompetenzen Programme auflegen, deren Finanzierung – ohne Mittelzuweisung – den Kommunen aufgehalst wird, ist das ganze ein Glücksspiel im „**Casino Föderal**“ (Articus), bei dem die Verlierer, nämlich die zahlenden Kommunen, bereits vorher feststehen.

Dieses - falsche – Prinzip, dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Nur dann haben die Kommunen, nur dann haben auch die Räte wieder eine größere Chance zu eigenverantwortlicher Gestaltung.

Dieses Thema immer wieder auf die politische Agenda zu setzen, immer weiter an diesem dicken Brett zu bohren und am Ende Lösungen zu erzwingen, das bleibt für uns Kommunalpolitiker eine Daueraufgabe. Eine Aufgabe, für die wir allerdings in erster Linie unsere Landes- und Bundespolitiker motivieren müssen, damit sie auf staatlicher Ebene endlich in einer Gemeindefinanzreform diesen Teufelskreis durchbrechen.

Gleichwohl: die CDU-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan der Gemeinde für 2011 zu.